



Liese Kurrier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Städte und Gemeinden können nach wie vor selbst über Wasserversorgung und Rettungsdienst entscheiden

Vorschläge der Europäischen Kommission nach Protesten von Kommunen abgeändert

Der Protest war erfolgreich! Nach langen Diskussionen haben sich das Europäische Parlament, die EU-Kommission und die im Ministerrat vertretenen Repräsentanten der Mitgliedsstaaten darauf geeinigt, den Wassersektor und das Rettungswesen aus der geplanten Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Die Richtlinie soll die öffentliche Auftragsvergabe vereinfachen. Der ursprüngliche Vorschlag der Kommission war auf heftigen Protest auch in der Region Südwestfalen gestoßen. Er sah Änderungen an der momentanen Praxis vor und hätte nach Ansicht von Experten zu einer Privatisierung der Wasserversorgung führen können. Jetzt ist das Thema vom Tisch. Den Kommunen wird zugestanden, vollständig alleine

über die Frage zu entscheiden, wem sie diese wichtigen Aufgaben anvertrauen.

Peter Liese:

„Der Schutz unseres wichtigsten Lebensmittels Trinkwasser und der Schutz der Menschen bei einem medizinischen Notfall dürfen nicht den Marktmechanismen unterworfen werden. Die Kommunen vor Ort wissen besser, wem sie diese wichtigen Aufgaben anvertrauen. Deshalb bin ich froh, dass das Thema vom Tisch ist.“



Liebe Leserinnen und Leser,

am 25. Mai sind nicht nur Kommunalwahlen, sondern auch Europawahlen. Diese Wahl ist wichtiger als jede andere zuvor. Durch den Lissabon-Vertrag hat das Europäische Parlament (EP) bei praktisch allen Gesetzgebungsverfahren das Mitentscheidungsrecht. Internationale Verträge und auch Beitrittsverträge können nur mit unserer Zustimmung in Kraft treten. Erstmals treten die Parteien bei der Europawahl mit europaweiten Spitzenkandidaten an. Die Wähler entscheiden daher auch über den Präsidenten der Europäischen Kommission.

Um stets über die neuesten Entwicklungen in Europa und Südwestfalen auf dem Laufenden zu bleiben, besuchen Sie meine Homepage www.peter-liese.de oder meine Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Natürlich bieten ich Ihnen nach wie vor monatlich meinen Newsletter per E-Mail an (Kontaktdaten siehe Rückseite). Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr
Peter Liese
Peter Liese





Eurobarometer-Umfrage:

Vertrauen auf Überwindung der Wirtschaftskrise wächst stetig

Die Europäerinnen und Europäer machen sich zwar weiter Sorgen über die wirtschaftliche Lage in den EU-Staaten, doch das Vertrauen darauf, dass sich die Lage bessert, wächst. Das geht aus der Eurobarometer-Herbstumfrage hervor, für die im November über 32.000 Menschen in den 28 Mitgliedstaaten und fünf Kandidatenländern befragt wurden.

In 20 EU-Staaten beurteilten die Befragten die wirtschaftliche Lage besser als noch im Frühjahr 2013. Der Anteil der

EU-Bürger, die glauben, dass die Gemeinschaft bei der Bewältigung der Krise und der globalen Herausforderungen auf dem richtigen Weg ist, stieg von 42 auf 43 Prozent, während nur noch 29 Prozent die EU auf dem falschen Weg sehen.

Insgesamt schätzte eine Mehrheit von 51 Prozent die Zukunft der EU optimistisch ein. Im Frühjahr waren es noch 49 Prozent. In Deutschland erwarten sogar 60 Prozent der Befragten eine gute Zukunft der EU.

In Deutschland erwarten 60 % der Befragten eine gute Zukunft der EU



Irland verlässt als erstes Krisenland den Euro-Rettungsschirm

Die Republik Irland hat im vergangenen Dezember als erstes Land den EU-Rettungsschirm wieder verlassen können. Das Land konnte erstmals seit drei Jahren wieder erfolgreich eine Staatsanleihe am Kapitalmarkt platzieren.

„Damit zeigt sich, dass der von der CDU durchgesetzte Grundsatz, dass es europäischen Hilfen nur im Gegenzug für eigene Anstrengungen und Reformmaßnahmen gibt, erfolversprechend ist. Nach drei Jahren, in denen die Iren viele

harte Einschnitte hinnehmen mussten und tiefgreifende Reformen umgesetzt haben, können sie nun auch wieder finanziell wieder auf eigenen Füßen stehen. Dies zeigt, dass der eingeschlagene Weg richtig ist“, so Peter Liese.

Irland musste im November 2010 als zweites Land nach Griechenland EU-Hilfen annehmen, nachdem das Land für seine maroden Banken einstehen musste. Insgesamt flossen 85 Milliarden Euro an Hilfskrediten nach Irland. Ende Januar



konnte **Spanien** den Rettungsschirm verlassen. Hier wuchs die Wirtschaft Ende 2013 zum ersten Mal wieder nach über zwei Jahren. Auch der Bankensektor ist stabilisiert. Damit steht das Land wieder auf eigenen Beinen, und das mit sehr viel festerem Boden unter den Füßen als noch vor 18 Monaten. **Portugal** will im Mai folgen.

Europaparlament zieht Konsequenzen aus der Finanzkrise:

Strengere Regeln für Banken verabschiedet

Keine Konsequenzen für Sparkassen und Volksbanken in der Region

Das Europaparlament hat die neue EU-Bankenaufsicht verabschiedet. Steuerzahler sollen künftig nicht mehr für die Schieflage von Banken gerade stehen müssen. Bisher müssen betroffene Staaten, und damit letzten Endes die Steuerzahler, ihre Banken mit Bürgschaften stützen und können so auch in die Schuldenfalle gezogen werden.

Die europäische Bankenaufsicht ist eine der wichtigsten Baustellen in der Eurozone. Eine funktionsfähige Aufsicht soll



In Gesprächen mit Sparkassendirektoren, wie hier mit Wilfried Groos (Siegen) und Heinz-Dieter Tschuschke (Meschede), informiert sich Peter Liese über die Anliegen unserer regionalen Sparkassen und Volksbanken



Wolfgang Schäuble:
(Interview mit Deutschlandfunk, 13.9.2013)

„Es ist wichtig, dass wir für die großen, grenzüberschreitenden, systemrelevanten Banken eine europäische Aufsicht schaffen.“

das Vertrauen in die Finanzbranche stärken. Vorausgegangen war ein Tauziehen über die demokratische Kontrolle der künftigen Bankenaufsicht bei der Europä-

ischen Zentralbank (EZB). Die Frage war, wer beaufsichtigt die Kontrolleure? „Es ist gut, dass wir im Europaparlament nun schriftlich und umfangreich über den Verlauf der vertraulichen Diskussionen und die Entscheidungen der EZB informiert werden.“

Wir brauchen eine stärkere demokratische Kontrolle und als Abgeordnete haben wir nun laufend ein Auge auf die EZB-Bankenaufsicht“, so Peter Liese. Die EU-Bankenaufsicht gilt nur für die systemrelevanten Großbanken. Die klei-

neren Geldhäuser bleiben, wie von den heimischen Sparkassen und Volksbanken gefordert, unter nationaler Kontrolle.

Peter Liese:

„Für unsere Sparkassen und Volksbanken ändert sich nichts. Damit wurde ein wichtiges Anliegen aus der Region aufgenommen. Unser deutsches System hat sich schließlich auch in der Krise bewährt.“

Peter Liese im Gespräch: Konsequenzen aus Skandal um Brustimplantate

Herr Liese, Sie haben sich im Europäischen Parlament zuletzt viel mit Medizinprodukten und sogenannten In-Vitro-Diagnostika beschäftigt. Was muss man sich als Laie eigentlich unter diesen Produkten vorstellen?

Die Palette reicht vom Heftpflaster bis zum Herzschrittmacher. Auch Brustimplantate gehören dazu. In-Vitro-Diagnostika sind vor allem Tests, für Diabetes oder auch HIV.

Wer kümmert sich denn bislang um die Zulassung? Der TÜV?

Generell kümmern sich sogenannte benannte Stellen um die Zertifizierung, also bei uns TÜV oder DEKRA. Sie prüfen, ob die Vorgaben für ein bestimmtes Produkt eingehalten werden oder nicht. Überwacht werden die benannten Stellen dabei von staatlichen Behörden.

Wieso ist nun eine EU-Regelung notwendig?

Denken Sie an den Skandal um schadhafte Brustimplantate der französischen Firma PiP. PiP hatte nach der Zulassung der Implantate durch den TÜV die Zusammensetzung geändert und statt hochwertigem medizinischem Silikon minderwertiges Industrie-Silikon benutzt. Dadurch waren bei tausenden von Frauen in der ganzen EU gesundheitliche Probleme

aufgetreten. Das Problem muss man also EU-weit angehen.

Wo genau lagen die Schwächen des Systems bei dem Fall?

Die entscheidende Schwäche lag bei der Überwachung nach der Zertifizierung. Deswegen muss bei einer Lösung des Problems vor allen Dingen hier angesetzt werden.

Und im Bereich der Diagnostika?

Hier haben die bestehenden Regelungen bedauerlicherweise nicht verhindert, dass in der Vergangenheit vereinzelt qualitativ minderwertige Produkte in Verkehr

gebracht wurden. Jahrelang waren HIV-Tests zugelassen, die „negativ“ anzeigten, obwohl eine Infektion vorlag. Auf diese Weise wurden Patienten und Angehörige einer lebensbedrohlichen Gefahr ausgesetzt. Hier müssen wir natürlich eingreifen.

Würde da nicht eine staatliche Vorabzulassung helfen? Die gibt es ja schließlich auch bei Medikamenten...

Bei Medikamenten gibt es auch Probleme - trotz staatlicher Zulassung. Denken Sie an Vioxx oder Mediator. Der Markt für Medizinprodukte unterscheidet sich grundlegend vom Markt für Arzneimittel. Schätzungsweise werden pro Jahr in Euro-



Auch in Südwestfalen gibt es viele Medizinproduktehersteller, hier bei einem Besuch der Firma Schmitz u. Söhne in Wickede



pa mehr als 5.000 neue Medizinprodukte zertifiziert. Da sind unsere Unternehmen hochinnovativ. Zum Vergleich: Die EU-Arzneimittelagentur lässt pro Jahr weniger als hundert Medikamente zu. Eine strengere Vorabzulassung hätte z.B. den PiP-Skandal nicht verhindert. Aber wir müssen die benannten Stellen stärken, da nicht alle so sorgfältig arbeiten wie TÜV und DEKRA in Deutschland.

Was hat das Parlament konkret beschlossen?

Zukünftig müssen sich benannte Stellen,

die besonders riskante Produkte wie Herzschrittmacher prüfen wollen, einer verschärften Kontrolle und einer Zertifizierung durch die Europäische Arzneimittel Agentur stellen. Außerdem wird es regelmäßige, unangekündigte Kontrollen in der Produktion geben. Der Verdacht auf Schlamperei bei der Zulassung soll ausreichen, um die Zulassung von einem zweiten Expertenkomitee erneut zu beurteilen. Der Beschluss ist ein riesiger Schritt für mehr Patientensicherheit. Wir wollen außerdem eine Haftpflicht für Hersteller, damit Patienten im Schadensfall entschädigt werden können.

Abschließend noch einmal zurück zu den Tests: Was sagt das Parlament da?

Hier wollen wir nicht nur die Qualität der Tests sondern auch die der Information über die Tests verbessern. Es erfüllt mich mit großer Sorge, dass Firmen über das Internet DNA-Tests ohne Beratung anbieten, die dramatische Konsequenzen für die Betroffenen haben. Hier wollen wir Beratungspflicht durch einen Arzt, wenn solche Tests angeboten und angewandt werden.

Agrarreform der EU und Auswirkungen auf Südwestfalen Im Gespräch mit Vertretern der heimischen Landwirtschaft / Erfreuliche Entwicklung beim Milchpreis

Lange wurde um die Reform der europäischen Landwirtschaftspolitik gerungen. Nach der Annahme durch das Europäische Parlament wird sie nun Realität. Für Peter Liese war es bei den Verhandlungen enorm wichtig, Vertreter der heimischen Landwirtschaft mit einzubinden. Nach der Verabschiedung der EU-Agrarreform nahm er sich daher selbstverständlich auch die Zeit, die vorliegenden Ergebnisse mit ihnen zu diskutieren.

Peter Liese und die Landwirte zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis. Zwar gibt es Kürzungen, diese fallen aber für die Betriebe in Südwestfalen sehr moderat aus, da es für ersten 30 ha einen Zuschlag von 50 € gibt.

Josef Geuecke
Kreisverbandsvorsitzender des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes

„Wir haben kein Problem mit dem „Greening“. Wie es jetzt angedacht ist, kommen wir hier sehr gut damit klar.“

Auch mit den verstärkten Umweltauflagen können die Landwirte leben, insbesondere da Grünlandbetriebe von dem sogenannten „Greening“ ausgenommen sind. Denn: Was Grün ist, muss nicht noch grüner werden!

Auch die Milchbauern, die jahrelang unter dem niedrigen Milchpreis gelitten haben, zeigten sich im Austausch mit Peter Liese zufrieden. Beim Milchpreis gab in den vergangenen Monaten eine erfreuliche Entwicklung. Der Milchpreis liegt jetzt stabil bei über 40 Cent.

Eine grundsätzlich positive Prognose gibt es auch für die nächsten Jahre. Der starke Nachfrageboom in China und anderen Ländern lässt die Milchbauern optimistisch in die Zukunft schauen.



Die Vertreter der heimischen Landwirte in Brilon-Rösenbeck zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis der Agrarreform



EU-Kommission lässt umstrittene Bodenschutz-Richtlinie fallen Unnötige Bürokratie verhindert



Die umstrittene Bodenschutz-Richtlinie ist wohl endgültig vom Tisch. Im Zuge eines sogenannten Entschlackungsplans für Gesetzgebungsvorhaben, den die EU-Kommission vorgelegt hat, soll auch die Bodenschutzrichtlinie zurückgezogen werden. Der Plan listet auf, welche Richtlinien und Gesetzesvorhaben die

EU-Kommission zurückziehen will, welche gar nicht erst vorgeschlagen werden sollen oder einem „Fitness-Check“ unterzogen werden sollen, um herauszufinden, ob sie ihr Ziel erreichen.

Die Richtlinie war bereits vor vielen Jahren von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden und in erster Lesung vom Europäischen Parlament mit Modifikationen unterstützt worden. Danach war sie jahrelang zwischen Ministerrat und Parlament blockiert. Die Mehrheit der christdemokratischen Abgeordneten hatte sich stets dagegen ausgesprochen.

Die Richtlinie war bereits vor vielen Jahren von der Europäischen Kommission vorgeschlagen worden und in erster Lesung vom Europäischen Parlament mit Modifikationen unterstützt worden. Danach war sie jahrelang zwischen Ministerrat und Parlament blockiert. Die Mehrheit der christdemokratischen Abgeordneten hatte sich stets dagegen ausgesprochen.

Peter Liese:

„Für die Bodenschutz-Richtlinie gab es nie einen Bedarf. Im Gegensatz zu Luft und Wasser überquert Boden nicht die Grenze, deshalb muss nach dem Subsidiaritätsprinzip auch keine europäische Regelung her. Ich war immer skeptisch gegenüber dem Vorschlag und unterstützte die Position, die zum Beispiel auch durch die südwestfälischen IHKs und die Vertreter der Landwirtschaft vertreten wurde, nämlich, dass wir die Richtlinie nicht brauchen.“

Erasmus: Erfolgsgeschichte wird fortgesetzt

EU-Programme für Bildung, Jugend und Sport künftig unter einem Dach / 40 % mehr Geld

Seit diesem Jahr können Bildungseinrichtungen und andere Organisationen ihre Anträge auf Förderung durch „Erasmus+“ stellen, das neue EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport. Die 40-prozentige Mittelaufstockung für 'Erasmus+' bedeutet, dass mehr als vier Millionen Studierende, Praktikanten, Lehrkräfte und Freiwillige in den nächsten sieben Jahren in den Genuss eines Stipendiums für einen Auslandsaufenthalt kommen können.

Das Paket Erasmus+ wird für den Zeitraum 2014-2020 gelten.

Franziska Schütte (ehemalige Erasmus-Studentin aus Südwestfalen):

„Es ist auch für uns junge Leute wichtig, einen Ansprechpartner und Vertreter wie Peter Liese ‚in Europa‘ zu haben, damit die vielfältigen Möglichkeiten des Austausches europäischer Schüler und Studenten weiter gefördert werden und auch die Jugendlichen aus unserer Region weiterhin die Chance haben, Europa aktiv mitzuerleben.“

Es stehen 14,7 Milliarden Euro zur Verfügung für die folgenden Unterprogramme zur Verfügung:

- Erasmus (für Studierende) und Jean Monnet (für die internationale Hochschulkooperation)
- Comenius (für Schüler bis zur Sekundarstufe II)
- Leonardo da Vinci (für Auszubildende)
- Grundtvig (Erwachsenenbildung)
- Jugend in Aktion
- Erstmals auch Sport

Ansprechpartner:
Deutscher Akademischer Austauschdienst
Kennedyallee 50, 53175 Bonn
Tel. 0228 882-0
E-Mail: eu-programme@daad.de
Homepage: <https://eu.daad.de/>

Frau Ute Heppe-Grünebaum
(EU-Fachberaterin in der EU-Geschäftsstelle der Bezirksregierung in Arnsberg)
Tel. 02931 82-3189
E-Mail: uta.heppegruenebaum@bra.nrw.de



Im Gespräch u.a. mit Schülern des Burg Gymnasiums in Altena und Christel Voßbeck-Kayser, MdB



Fast 70 Millionen € EU-Wirtschaftsfördermittel für Südwestfalen Entscheidung im EP: Südwestfalen kann auch in der Förderperiode ab 2014 profitieren



„Die Gelder aus dem europäischen Haushalt sind hier in Südwestfalen sehr gut angelegt“, war das Fazit eines Besuchs u.a. mit dem Olper Landrat Frank Beckehoff und Dirk Glaser (Südwestfalen Agentur) auf der Baustelle des ACS in Attendorn

Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) soll helfen, in der ganzen EU Arbeitsplätze zu schaffen. Das Programm in NRW ist auch als Ziel-2-Programm bekannt.

In der Förderperiode 2007-2013 sind fast 70 Millionen Euro an EU-Wirtschaftsfördermitteln nach Südwestfalen geflossen. Da die Mittel ko-finanziert werden, wurden Investitionen von insgesamt rund 140 Millionen Euro durch dieses Programm in Südwestfalen unterstützt, u.a. das Regionale Projekt Automotive Kompetenzregion Südwestfalen in Lippstadt und Attendorn sowie das Anwerdnerzentrum Formenbau Südwestfalen in Lüdenscheid.

Kompromiss zu den zukünftigen Strukturfondsmitteln angenommen“, so Peter Liese. Aufgrund der Notwendigkeit zu sparen, auch auf EU-Ebene, gibt es insgesamt zwar weniger Geld, aber die gute Nachricht ist, dass Südwestfalen weiter profitieren kann.

Peter Liese:

„Seit 2007 werden die EU-Mittel im Wettbewerbsverfahren vergeben. Vorher ging praktisch alles ins Ruhrgebiet. Hier müssen wir wachsam bleiben. Gerade wenn die Mittel knapper werden, muss die Vergabe fair bleiben. Wir werden uns im internationalen Wettbewerb nur durchsetzen, wenn wir die besten Köpfe zusammenbringen – einseitige Förderung fürs Ruhrgebiet bringt da nichts.“

68.895.916 Euro

(So viel EU-Wirtschaftsfördermittel gingen zwischen 2007 und 2013 an Südwestfalen, Quelle: Anfrage der heimischen CDU-Landtagsabgeordneten an die Landesregierung)

Die beeindruckende Zahl verdeutlicht die erfolgreiche Arbeit der heimischen Kommunen, Institutionen und Unternehmen. EU-Mittel haben Arbeitsplätze gesichert und geschaffen und Forschungseinrichtungen gestärkt. Auch ab 2014 soll Südwestfalen von EU-Wirtschaftsfördermitteln profitieren. „Dazu haben wir im EP den Grundstein gelegt und einen



Sebastian Gareis, Werkzeugbau Institut Südwestfalen GmbH und Peter Liese bei einem Gespräch im auch mit EU-Mittel geförderten Anwerdnerzentrum Formenbau Südwestfalen in Lüdenscheid



EU-Förderung von Tourismusprojekten in Südwestfalen auch ab 2014 möglich

Entscheidende Änderungsvorschläge von Peter Liese angenommen

EU-Parlament und Mitgliedstaaten haben sich auf die Rahmenbedingungen für die EU Wirtschafts- und Strukturmittelvergaben zwischen den Jahren 2014 bis 2020 verständigt. Was sich unspektakulär anhört, beinhaltet eine für Südwestfalen sehr gute Nachricht! Denn: Entgegen der ursprünglichen Pläne der Europäischen Kommission sind Tourismusprojekte in der Region weiterhin förderfähig.

„Wir freuen uns über die nun auch in Zukunft bestehenden Chancen, mit pfiffigen Ideen den Lebens- und Freizeitraum weiter nach vorne bringen zu können.“

Roswitha Still vom Tourismus Siegerland-Wittgenstein und Thomas Weber vom Sauerland-Tourismus:

„Das ist eine gute und motivierende Nachricht für unsere Regionen Siegerland-Wittgenstein und das Sauerland in Südwestfalen.“

Zu den geförderten Maßnahmen gehört u.a. das Projekt des Kreises Siegen-Wittgenstein „Wanderhöhepunkte links und rechts des Rothaarsteigs“ und das Projekt der Stadt Hemer zur besseren Erschließung des Felsenmeers im Rahmen der Landesgartenschau. Der Sauerlandtourismus war mit vielen Projekten erfolgreich, u.a. wurden die drei Premium-Wander-



Die Vertreter der Touristikverbände, Roswitha Still (Siegerland-Wittgenstein) und Thomas WEber (Sauerland) freuen sich gemeinsam mit Peter Liese, dass auch ab 2014 Tourismusprojekte förderbar bleiben

wege Rothaarsteig (der durch die Regionen Sauerland, Siegerland-Wittgenstein und Westerwald führt und ein Gemeinschaftsprojekt dieser drei Regionen ist), Sauerländer Höhenflug und Sauerländer Waldroute mit EU-Mitteln erheblich aufgewertet.

Die ursprünglichen Pläne der EU-Kommission für 2014 bis 2020 sahen keine explizite Nennung von Tourismusprojekten mehr vor. Das Europäische Parlament hat jedoch entsprechende Änderungsvorschläge von Peter Liese angenommen und während der Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten durchsetzen können.

Peter Liese:

„Südwestfalen war insbesondere im Tourismusbereich überdurchschnittlich erfolgreich. Beim ersten Wettbewerb wurden insgesamt 53 Projekte gefördert. Davon waren 13 aus Südwestfalen. Dies spricht für die Projekte in unserer Region.“

Gewinnspiel!

SUDOKU

1				3		
			2			5
	3			1	8	2
3	2	3				6
	5	8	4			1
2	7		3	6		
6		4		5		3
			4			

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:

Bitte senden Sie die Lösung bis zum **20. Mai 2014** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

CDU-Europabüro Südwestfalen

Le-Puy-Str. 17
59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13
Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den Gewinnern verlost Peter Liese 2 Regenjacken, 2 Stockschirme, 10 Notizbücher und 10 Schlüsselanhänger.

Viel Glück!



Peter und Peter für den Klimaschutz

Der Sänger Peter Fox und Peter Liese engagieren sich gemeinsam für den Klimaschutz in Europa. Sie haben sich in den letzten Monaten intensiv vor allem über die Stärkung des europäischen Emissionshandels ausgetauscht.

Der Emissionshandel ist das zentrale Klimaschutz-Instrument der EU. Kraftwerksbetreiber und energieintensive Industrie sollen dazu ermuntert werden, möglichst innovative energiesparende Technik zu nutzen. In den letzten Jahren

war der Preis für die Emissionszertifikate allerdings, anders als erwartet, sehr stark gefallen. So fehlte der Anreiz für die Industrie. Eine Preisstabilisierung scheiterte im ersten Anlauf aber am Veto des Europäischen Parlaments.

Daraufhin hatte sich Peter Fox auf seiner Facebook-Seite sehr negativ geäußert. „Auch ich war enttäuscht vom Votum meiner Kollegen. Aber gleichzeitig hat Peter Fox auch zur Abwahl von Angela Merkel aufgerufen. Deshalb habe ich ihm

geschrieben. Es war schließlich nicht die ganze christdemokratische Fraktion im EP gegen den Vorschlag der Kommission und auch der Unions-Teil der damaligen Bundesregierung war dafür. Deshalb habe ich ihn gebeten sich konstruktiv einzubringen und nicht pauschal gegen Angela Merkel und die Union Stellung zu beziehen“, so Peter Liese. So ist ein intensiver Dialog zu europäischen Klima-Fragen entstanden. Ende 2013 hat dann auch das EP für die Stärkung des Emissionshandels gestimmt.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Krautwickerl“



Die Krautwickerl in einer Pfanne bei mittlerer Hitze im Öl zuerst auf der Nahtseite anbraten, wenden, abbraten und aus der Pfanne nehmen. Die Pfanne vom Herd ziehen und den Bratensatz mit der Brühe ablöschen.

ZUTATEN für 4 Personen:

- 1 ganzer Weißkrautkopf
- Salz, 60 g Toastbrot
- 100 ml Milch, ½ kleine Zwiebel
- 1 EL Butter, 200 g Kalbshackfleisch
- 200 g Schweinehackfleisch
- 1 Ei, 1 TL scharfer Senf
- Pfeffer aus der Mühle
- 1 Prise getrockneter Majoran
- Abrieb von ½ Zitrone
- 1 EL glatte Petersilie, grob gehackt
- 250 ml Geflügelbrühe

Fertigstellung:

- 1 Karotte, 1 Zwiebel
- ½ gehackte Knoblauchzehe
- 1 EL Öl, ½ - 1 TL Tomatenmark
- 200 g pürierte Tomaten aus der Dose
- 2 Scheiben Knoblauch
- je 1 TL Pimentkörner, Korianderkörner, schwarzer Pfeffer, ganz
- ½ TL Zimtrindensplitter
- 1 EL kalte Butter oder etwas mildes Olivenöl
- Salz, 1 Prise Zucker
- 1 Prise mildes Chilipulver

Fertigstellung:

Die Karotte und die Zwiebel schälen, beides in kleine Würfel schneiden. Karotten und Zwiebeln mit dem Knoblauch in einer tiefen Pfanne im Öl glasig anschwitzen. Das Tomatenmark hinein rühren, etwas mitschwitzen lassen, die Brühe aus der anderen Pfanne mit den Tomaten hinein rühren, die Krautwickerl hinein setzen und zugedeckt bei milder Hitze 30 Minuten schmoren lassen. Den Knoblauch 5 Minuten vor Garzeitende hinein geben und am Ende entfernen.

Piment, Koriander, Pfeffer und Zimt in eine Gewürzmühle füllen.

Die Krautwickerl aus der Sauce nehmen, die Spießchen entfernen. Die Butter in die Sauce rühren, mit Salz, Zucker, Chilipulver und der Mischung aus der Gewürzmühle würzen, die Krautwickerl wieder in die Sauce legen.

Tipp:

Durch das Eintauchen des Krautkopfes in das kochende Wasser werden die Blätter geschmeidig und können im Ganzen vom Kopf gelöst werden.